



Marburg, 22.06.2012

Eingang: 22.06.2012

TOP:

Fraktion DIE LINKE

Lfd.Nr. 155/2012 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „ Unangekündigte Hygienekontrollen am UKGM – Standort Marburg ausweiten“

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert:

in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit die unangekündigten Hygienekontrollen am UKGM – Standort Marburg auszuweiten.

Der Kreistag appelliert an die Geschäftsleitung des UKGM mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten vor Ort in Kontakt zu treten und Lösungen zu suchen, die das kollegiale Miteinander aller beteiligter Berufsgruppen fördern.

Der Kreistag befürchtet, dass die einschlägigen Richtlinien und die Auflagen der Hessischen Hygieneverordnung für Krankenhäuser nicht mehr eingehalten werden und maßgebliche Vorschriften, wie die Einhaltung der Händehygiene nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden können, wenn die Geschäftsführung weiter an Personal einspart.

Begründung:

Das UKGM gerät nicht aus den Schlagzeilen und immer neuere Details - die den Ernst und die Tragweite des Problems des Pflege- und Personalnotstands deutlich machen, kommen an die Öffentlichkeit. Allein im letzten Jahr gab es 36 Überlastungsanzeigen. Die Zentrale Notaufnahme, Inter-Medical Care, die Neuroradiologie, die Neurologie, die Notaufnahme und sogar die Apotheke und die Information haben Überlastungsanzeigen an die Geschäftsführung des Uniklinikums geschrieben.

Und das obwohl ein Rundschreiben des ehemaligen Geschäftsführers Gerald Meder, heute als Berater der Rhön AG tätig, kursierte, in welchem daraufhin gewiesen wurde, dass juristische Folgen drohen, sollte sich eine Überlastungsanzeige nach eingehender Prüfung als ungerechtfertigt darstellen. Die Überlastungsanzeigen sind also nur die Spitze des Eisbergs. Wenn Arbeitnehmer anzeigen, dass sie die geforderten Aufgaben aufgrund von Überlastung nicht mehr erfüllen können,

sollte man dies sehr Ernst nehmen, da es nicht nur zum Schutz der Patienten dient, sondern auch zum Eigenschutz, um vor möglichen Regressansprüchen geschützt zu sein. Sollte nämlich wegen einer Überlastung ein Patient zu Schaden kommen, ohne dass der Arbeitnehmer im Vorfeld auf die Probleme hingewiesen hat, trifft ihn ein „Verschulden durch Unterlassen.“ Der hauptamtliche Kreisausschuss sollte im Rahmen der immer neuen Erkenntnisse überprüfen, ob er bei komplett unangekündigten Hygienekontrollen nicht doch einige Mängel in diesem Bereich vorfindet. Zwar hatten die Hygienekontrollen im Frühjahr die Mängel nicht bestätigt, aber die Begehung des Fachbereichs Gesundheit war auch keineswegs völlig unangekündigt.

Auch wenn bei dieser Begehung die Fachleute einen positiven Eindruck vom Hygienemanagement im Klinikum gewannen und der Umgang mit resistenten Krankheitserregern wie dem MRSA-Bakterien als vorbildlich bezeichnet wurde, ist schon erstaunlich, dass der Gießener hauptamtliche Kreisausschuss schon im April diesen Jahres Bedenken äußerte. Landrätin Anita Schneider, Gesundheitsdezernent Dirk Oßwald und die hauptamtliche Kreisbeigeordnete Christiane Schmahl unterzeichneten ein Schreiben, indem sie in ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde ihre Sorge äußerten, dass die einschlägigen Richtlinien und die Auflagen der Hessischen Hygieneverordnung für Krankenhäuser durch weitere Personaleinsparungen nicht mehr eingehalten werden können. Darüber hinaus wurde auch noch kritisiert, *„dass die langjährigen und intensiven gemeinsamen Bemühungen zur Optimierung der Patientenübergabe im Bereich des Rettungsdienstes konterkariert werden, da nicht mehr genügend Personal zur Verfügung steht. Bei 16 328 Noteinlieferungen im Jahr 2010 können wir uns einen Abbau des Service nicht leisten.“*

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich

gez.

Anna Hofmann (Fraktionsvorsitzende)

Bernd Hannemann (Kreistagsabgeordneter)